

Utopien der sozial-ökologischen Stadt

Alexander Neupert-Doppler

Sehr viele zeitgenössische Publikationen zum Thema Utopie beginnen mit der Behauptung, der Utopieforschung wäre ihr Gegenstand verloren gegangen. Manchmal schon im Titel wie bei *Utopien in utopiefernen Zeiten* (Herold 2020) oder erst im Vorwort, wenn angesichts der Vielfachkrise unserer Zeit behauptet wird, ein »Gegenentwurf ist nirgendwo zu finden« (Wimmer 2020: 10). Überall wird die These vertreten, »Utopien sind Dystopien geworden« (Göpel 2020: 13). Oft wird die Diagnose verbunden mit dem Zusatz, Utopie wäre das, »was gerade am schmerzlichsten fehlt« (Meng 2022: 1) Mensch müsste »die Utopie wiederentdecken« (Becker 2022: 13). Selbst (Ex-)Vorsitzende einer Regierungspartei meinen, diese brauche »utopische Fluchtpunkte, die ihr Handeln leiten« (Esken/Walter-Borjans 2020: 17). Im Widerspruch dazu steht die seit den 2010ern (vgl. Neupert-Doppler 2019a) zunehmende akademische wie aktivistische Debatte um verschiedene Utopien, zuletzt intensivierte sich diese noch um Bücher wie *Die Utopie des Sozialismus* (Dörre 2021), *Die konkrete Utopie der Menschenrechte* (Kleck 2021), *Willkommensgesellschaft: Eine konkrete Utopie* (Geisler 2022) oder Texte wie *Utopie und Klimagerechtigkeit* (Fritzsche 2022).

Wie ist dieser seltsame Dreiklang von Verlust, Wiederentdeckung und Aufschwung zu erklären, der für die Frage nach einer Utopie der guten Stadt auch methodisch grundlegend ist? Erstens wird der behauptete Verlust der Utopie zumeist nicht belegt. Zweitens wird in der Regel nicht angegeben, wofür utopisches Denken eigentlich gut sei. Drittens kann natürlich Alles als Utopie bezeichnet werden, wenn der Gegenstand selbst nicht definiert wird. Auf diese Art kann in Feuilleton, Wissenschaft und Politik beliebig lange über Utopieverlust geredet werden. Von einem solchen Vorgehen muss sich eine philosophisch informierte empirische Utopieforschung strikt abgrenzen. Philosophie hat, als strenge Wissenschaft, ihre Begriffe zu definieren. In diesem Sinne schlug ich 2015 vor:

»Als Negation des Bestehenden, Intention auf Besseres, Konkretion von Möglichkeiten, Motivation von Aktivitäten, Artikulation von Bedürfnissen und Option auf Orientierung steht utopisches Bewusstsein nicht nur neben kritischem Bewusstsein und politischem Bewusstsein, sondern bildet mit diesen eine Konstellation« (Neupert-Doppler 2015: 179).

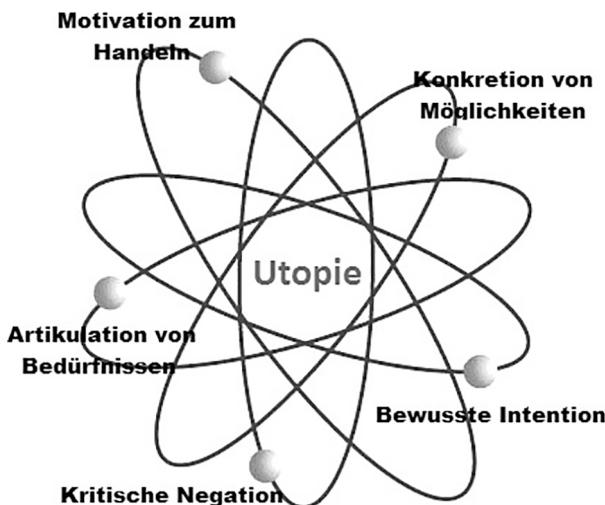
Damit ist dreierlei gesagt: Erstens ist Utopie primär ein Bewusstseinsphänomen, es geht um utopisches Denken. Zweitens lassen sich Funktionen benennen, die für utopisches Denken kennzeichnend sind: Es hebt an mit der Kritik an bestehenden Zuständen, beabsichtigt Besserung, benennt Alternativen, regt zum Handeln an und ist mit Bedarfen und Perspektiven verbunden. Drittens ist es, mit einem solchen funktionalen Utopiebegriff, weniger erheblich, in welcher Form utopisches Bewusstsein auftritt, ob als klassische Roman-Utopie wie in Morus' *Utopia* (1516), ob als Aufruf zu überseeischen Siedlungs-Utopien wie in Cabets *Auf nach Ikarien* (1840) oder bei der Behauptung von ›utopischen Möglichkeiten‹ moderner Technik (Marcuse 1967/1980: 14).

Sicherlich macht für die Erforschung die Erscheinungsform des Utopischen einen Unterschied.

Björn Wendt verweist 2018 in seinem Buch *Nachhaltigkeit als Utopie* darauf, dass auch Behauptungen über Utopien, wie bei jedem Gegenstand der Wissenschaft, zu prüfen sind. »Die These vom Ende der Utopie könnte mit einer historisch-vergleichenden Untersuchung die Verbreitung der literarischen Utopien vermessen« (Wendt 2018: 351) werden. Sollte dies nicht nur quantitativ geschehen, sondern hinsichtlich sozialer Wirkungen utopischer Literatur, täte sich hier mit den Roman-Utopien ein Feld für die Literatursociologie auf. Zählen ließe sich auch die Anzahl der Menschen, die an experimentellen Siedlungs-Utopien teilnehmen. »Schätzungen gehen von bis zu 25.000 intentionalen Gemeinschaften aus« (ebd.: 309). Interessanter als solche Zahlenspiele wäre, mehr über die bewussten und unbewussten Absichten derjenigen zu erfahren, die sich an solchen Experimenten beteiligen. Eher ein Feld für die sozialpsychologische als die philosophische Utopieforschung, denn eine gelebte Utopie ist natürlich nicht mehr antizipierendes Bewusstsein in Reinform. Anders ist dies, wenn wir uns fragen, welche Rolle Utopien in sozialen Bewegungen spielen, denn Bewegungen führen Diskurse über Zukunfts-Utopien, über gesamtgesellschaftliche Optionen. Leider wird gerade dieser Form des Utopischen bisher am wenigstens erforscht. »Die Verknüpfung von Utopie, revolutionärer Praxis und sozialen Bewegungen ist bis heute in der Utopieforschung nur ein Nebenschauplatz, was auf die lediglich schwache Verknüpfung mit der Protest- und Bewegungsforschung verweist« (ebd.: 131).

In diesem Sinne stellen Aufsätze wie der hier vorgelegte immer auch einen Ansatz vor, der zur Nachahmung empfohlen wird. Statt das Verschwinden und Wiederkehren utopischen Bewusstseins aus dem Kaffeesatz zu lesen, gibt es zu fragen: Welche Utopien (der sozial-ökologischen) Stadt finden wir in zeitgenössischen Bewegungen? Zurückgegriffen werden kann dafür auf das 2015 von mir entworfene Schema zur funktionalen Bestimmung utopischen Bewusstseins, das zuletzt öfter zur Anwendung kam (vgl. Hellriegel/Pacífico 2019, Berger 2019, Rosenitsch 2020, Meireis 2020, Vögler 2021, Lukáš 2021, ausgeco2hlt 2022) und inzwischen auch in Form der folgenden Grafik vorliegt (vgl. Neupert-Doppler 2022: 11).

Abb. 1: Schema zur funktionalen Bestimmung utopischen Bewusstseins



Eine empirische Studie im soziologischen Sinne müsste am Gegenstand, z.B. Quellen aus dem Kontext »Soziale Bewegungen in Städten – städtische soziale Bewegungen« (Mayer 2014), prüfen, ob sich utopisches Bewusstsein nachweisen lässt oder nicht. Dieser Aufsatz ist insofern philosophischer als er nicht auf empirischer Auswertung, sondern exemplarischer Evidenz beruht: Es gibt in stadtpolitischen Debatten ein wahrnehmbares utopisches Potenzial. Als wichtige Themenfelder bestimmen Maximilian Hellriegel und Sara Schmitt Pacífico Infrastruktur, Freiräume und urbanes Grün, Planung und Wohnen. Aus diesen Bereichen werden im Folgenden Stimmen aus Wissenschaft und Bewegungen auf Utopisches abgeklopft. Erstens: Wie wird aus der Negation der autogerechten Stadt die Utopie einer neuen Infrastruktur? Zweitens: Welche Veränderungen werden utopisch intendiert? Drittens: Welche Bedürfnisse utopischer Natur artikulieren sich in Bewegungen für städtische Freiräume und urbanes Grün? Viertens: Welche Möglichkeiten der Veränderung konkretisieren sich an Fragen von Planung und Entscheidung? Fünftens: Inwiefern wirkt in Bewegungen für bezahlbaren Wohnraum Utopisches als Motivation? Dabei können hier nur Stimmen zu Gehör gebracht werden, die publizistisch vernehmbar wurden, andere Utopien existieren nur im Gewisper auf den Straßen.

1. Kritische Negation: Von der autogerechten Stadt zur zukunftsgerechten Stadt

Die größte qualitative Veränderung, abgesehen von Kriegen und quantitativem Wachstum, die Städte im 20. Jahrhundert mitgemacht haben, ist die Durchsetzung der Automobilität. Dabei gehört es zur normativen Kraft des Faktischen, dass das, was ist, sich selbst zum Leitbild wird.

André Gorz (1923–2007), spricht von der »Gesellschaftsideologie des Autos« (Gorz 1977: 88). Diese Ideologie ist materialisiert: »Die Siedlungsballungen wurden auseinandergebrochen und auf endlose Vorstädte entlang den Autostraßen verteilt [...] Um Platz für das Auto zu schaffen, hat man die Entfernungen vervielfacht« (ebd.: 93). Gemünzt ist diese Kritik primär auf US-amerikanische Städte, in denen die Einheit von Wohnen, Arbeiten und Versorgung in der Innenstadt zerbrochen ist zugunsten von Schlafstädten, Industriegebieten und riesigen Supermärkten am Stadtrand. Europäische Städte unterscheiden sich davon oft nur noch quantitativ. Autos bzw. Benzinmotoren sind das typische Geräusch großstädtischen Lebens und vom Unfall bis zu Feinstoffpartikeln eine der größten gesundheitlichen Bedrohungen. Für Gorz lautete daher »die ideale revolutionäre Lösung [...] das Auto abzuschaffen« (ebd.: 96), was eine theoretische wie praktische Negation der autogerechten Stadt bedeuten würden. Dafür zitiert er »Marcuse: ›Wir werden die großen Städte zerstören und dafür neue bauen‹ (ebd.).

Wenn sich heute, in einer Mischung aus Verzweiflung und Vernunftvertrauen, Aktivist*innen der Letzten Generation auf Straßen kleben, so hoffen sie damit nicht nur Autofahrer*innen zu nerven, sondern auf Evidentes hinzuweisen: Die Autos, mit denen Großstadtmenschen täglich im Stau stehen, sind weder sozial noch ökologisch tragbar. Dazu erklären der Architekt Friedrich von Borries und der Stadtplaner Benjamin Kasten: »Die Stadt der Zukunft löst sich vom motorisierten Individualverkehr« (Borries/Kasten 2021: 78). Der utopische Aspekt liegt nicht bloß im Wechsel zu elektrischen Motoren, womit in allen Großstädten geplant wird (Vgl. ebd.: 80), sondern in neuer Kollektivität und Liberalität. Wo heute 30 % des großstädtischen Verkehrs auf die Parkplatzsuche entfällt (vgl. ebd.) braucht es die »Einführung neuer kollektiver Verkehrsmittel« (ebd.). Wo heute auf 30 % der großstädtischen Verkehrsflächen geparkt wird, käme es darauf an, dass »bislang automobil genutzter Straßenraum in echten Freiraum für die Stadtbewohner verwandelt« wird (ebd.: 85).

Zu brechen ist auch mit der heutigen Realität des »Je reicher, desto mobiler« (ebd.: 79). Statt weiterhin Autostraßen und andere veraltete Infrastruktur zu fördern, sollten öffentliche Verkehrsmittel fahrscheinfrei nutzbar sein und öffentlich finanziert werden. Und dies, im Sinne einer starken Nachhaltigkeit, aus ökonomischen, ökologischen und sozialen Gründen. Von der menschlichen Würde, die Ticketkontrollen nicht ertragen sollte, ganz zu schweigen. Soziale Bewegungen heute greifen die Negation der autogerechten Stadt auf. Fridays for Future fordern

generell einen ticketfreien Nachverkehr. Die Schweriner Bürger*inneninitiative »Freifahrt«, engagiert sich wie viele lokale Initiativen für einen ticketlosen ÖPNV (vgl. Freifahrt Schwerin 2022). Auch der BUND teilt die Idee: »Kein Ticket, kein Problem. In den Bus einsteigen ohne zu bezahlen. Was nach Utopie klingt, kann Wirklichkeit werden, und neben dem Geldbeutel profitiert dabei besonders die Umwelt« (BUND). Die Grünen, von denen Unterstützung zu erwarten wäre, wissen zwar, »dass der Autoverkehr in Großstädten die öffentliche Hand etwa dreimal so viel kostet wie Bus und Bahn«, lehnen aber ein dauerhaftes 9-Euro-Ticket ebenso ab wie Infrastruktursozialismus im Nahverkehr: »Als Dauereinrichtung ist es genauso wenig finanziert wie die Einführung eines Nulltarifs«. Finanzierbarkeit ist freilich immer eine Frage der Steuerpolitik. In Spanien etwa ist es eine Überge-winnsteuer, die ticketlosen ÖPNV bereits aus der Utopie in die Realität geholt hat, worauf Moritz Serif 2022 in der FAZ hinweist. Nachhaltigkeit, in der Dreidimen-sionalität von Ökonomie, Ökologie und Sozialem, braucht eben auch eine mutige Politik der ökologisch-sozialen Umverteilung.

2. Bewusste Intention: Die Versprechen des Urbanen gegen Verdrängung verteidigen

Städte sind mehr als Aufbewahrungsorte für Arbeitskraftbehälter (Menschen), sie sind in sich selbst ein Projekt der Moderne. Als solche sind sie, wie der Organizer Saul D. Alinsky wusste, ein Ort der Widersprüche. »Nirgendwo werden die Zwänge, Spannungen und Konflikte der modernen Industriegesellschaft auf so dra-matische Weise deutlich wie im eigentlichen Herzen dieser Zivilisation, den Stadtteilen« (Alinsky 1946: 41). Der Verfall der Großstadt ist ein Motiv westlicher Philoso-phie, die doch immer auch darauf hinweist, welchen Nutzen sich unsere Gesell-schaften einst von der Verstädterung versprachen. »Wir finden den Widerspruch ja nicht nur im Wohnungsbau, sondern auch beim Auto-Verkehr, bei der Verpes-tung von Luft und Wasser, so daß die Großstädte schon fast unbenutzbar geworden sind« (Lukács 1970). Stadtluft sollte, so das mittelalterliche Gesetz, frei machen, heu-te ist sie oft kaum atembar. Während sich auf dem Land feudaler Adel und abhängige Bauern gegenüberstanden, entwickelten Handwerkerstand und Bürgertum, Tage-löhner und Arme städtische Freiheiten. Von Platons Polis bis zur Pariser Commune war die Stadt das Sinnbild radikaler Demokratie. Mara-Daria Cojacoru betont in ih-rem Buch zur Philosophie der Stadt, dass »Utopien eine zentrale Textgattung darstellen, welche die Debatte um die Stadt in der Vergangenheit beschickt hat und dies im Übrigen noch immer tut« (Cojacoru 2012: 31). Die Besonderheit des Städtischen liegt in der Kategorie des Raums wie der Zeit begründet. Was den Raum angeht, so ergeben sich aus der Dynamik städtischen Zuzugs ständig Änderungen. Das Zu-sammenkommen verschiedener Menschen, die sich noch unbekannt sind, fördert

»mögliche Formen des Zusammenlebens [...] Umorganisation der menschlichen Angelegenheiten« (ebd.). Zeit wird hier nicht biologisch-zyklisch, sondern historisch-kairologisch erlebt (vgl. Neupert-Doppler 2019b).

Wenn wir also nach der Intention fragen, die urbane Utopien beinhalten, so ist damit kein Stillstand gemeint, keine perfekte unveränderliche Stadt. Anders als Siedlungs-Utopien, von der Gründung New Harmony in den USA 1825 durch Robert Owen bis zu den Landkommunen der 1970er, sind Stadt-Utopien vielleicht besser vor autoritären Entgleisungen gefeit. Gerade weil Städte aber immer auch ambivalent sind, spiegelt sich dies in urbanen Bewegungen. Es gibt *Nimby-Proteste* (Menzel 2014), die unter der Parole »Not in my backyard« die Verdrängung der Armen aus den Innenstädten noch forcieren. Es gibt aber auch Initiativen wie Bizim Kiez (BK) in Berlin, die die Diversität der Nachbar*innenschaft feiern. Thomas von BK sagt dazu im Interviewband *Umkämpftes Wohnen*: »Bizim Kiez hat sich zur Aufgabe gestellt, Verdrängung aus dem Kiez zu verhindern« (Coers/Nowak 2020: 48). Mit 40 Leuten in der Initiative, die in mehreren AGen arbeiten, ist BK relativ groß (Vgl. ebd.: 51). Mehmet verweist auf ein noch größeres Mobilisierungspotenzial, BK konnte »von heute auf morgen 100 bis 200 Leute in der Frühe um 6:00 in die Oppelner Straße mobilisieren, wo eine türkischstämmige Familie raus musste« (ebd.: 53). Was aber haben Stadtteilinitiativen, die ja eher aus Notwehr entstehen, oder Widerstand gegen Zwangsräumungen mit sozialen Utopien zu tun?

Eine utopische Intention, etwas Neues entstehen zu lassen, ist es, Isolation aufzuheben, persönliche Probleme nicht nur als private Probleme anzusehen, sondern kollektiv anzugehen. Initiativen dafür gibt es in immer mehr deutschen Städten, so etwa »Solidarisches Gallus« in Frankfurt (Vgl. ebd.: 19), »Solidarisches Netzwerk Leipzig« (Vgl. ebd.: 25), »Solidarische Aktion Neukölln« in Berlin (Vgl. ebd.: 56), »Solidarisch in Gröpelingen« in Bremen (Vgl. ebd.: 105), »Wilhelmsburg Solidarisch in Hamburg« (Vgl. ebd.: 131), »Berg Fidel solidarisch« in Münster (Vgl. Vogliamo Tutto 2022: 25) oder die »Kiezkommune Magdeburg« (Vgl. ebd.: 134). Gabriela von BK sagt über den utopischen Impuls der Stadtteilinitiativen hinsichtlich einer partizipativen Demokratie: »Ich glaube es bedarf eines großen vernünftigen gemeinsamen Tisches, wo entsprechend der Bedürfnisse der Anwohner*innen Stadt gemacht wird, Stadt der Zukunft« (Coers/Nowak 2020: 53). Utopie heißt Bedürfniserfüllung durch soziale Gestaltung.

Eine Idee wie das »Recht auf Stadt« gegen Gentrifizierung zu setzen entspringt laut dem Stadtforscher Andrej Holm aus »den utopischen Versprechungen des Städtischen und reklamiert ein Recht auf die schöpferischen Überschüsse des Urbanen« (Holm 2011).

3. Bedürfnis-Artikulation: Die grüne Stadt und das Urban Gardening

Grundsätzlich hatten die Kräfte der Emanzipation immer eine ambivalente Haltung zur Stadt. Marx und Engels feierten die proletarische Zusammenballung in Städten im Gegensatz zum »Idiotismus des Landlebens« (MEW 4: 366). Zugleich gab es in proletarischen Jugendbewegungen oder bei den sozialistischen Naturfreunden den Wunsch, dem Moloch der Industriestadt zumindest zeitweilig zu entrinnen. Interessanter sind Ansätze, die diesen Gegensatz aufheben wollen. »Im Rahmen der Gartenstadtbewegung wurde eine frühe Form der sozial-ökologischen Neuausrichtung des Verhältnisses zwischen Stadt und Land ausgemalt« (Wendt 2018: 303). Ebenezer Howard entwarf 1902 die Siedlungs-Utopie der Gartenstadt. Dabei ging es nicht nur um Begrünung, sondern auch um politisch festgesetzte Mieten, ein Verbot privaten Grundbesitzes und die Zusammenführung von Landwirtschaft, Industrie und Kultur in Städten. Träger*innen findet eine Utopie durch das Zusammentreffen von vorhandenen Missständen und eingreifendem Aufbegehren. Friederike Habermann versteht das *Community Gardening* in diesem Sinn.

»Die Mischung aus der Not in zerfallenden Stadtvierteln und dem Geist der sozialen Bewegungen der sechziger Jahre in den USA brachte Nachbar*innen dazu, brachliegende Freiflächen mit Obst, Gemüse und auch Blumen zu bepflanzen. [...] Nicht zuletzt mit den neuen Bewegungen seit den Globalisierungsprotesten Ende der neunziger Jahre hat sich sowohl das Guerilla-Gärtnern als auch das Gemeinschaftsgärtner in vielen westeuropäischen Städten verbreitet« (Habermann 2009: 38).

Dabei geht es nicht nur darum, eine konservative Achtung für die Kulturtechnik des Gärtnerns zu bewahren oder eine liberale Anerkennung der Erholungsbedürfnisse von Arbeitenden zu pflegen, sondern um soziale Aneignung des städtischen Raums. In Berlin kam es 2004 zu einer illegalen Bepflanzung von Grundstücken durch Nachbar*innen. 2008 wurde der Gemeinschaftsgarten von der Polizei geräumt, der Investor erhielt wieder Zugriff. Laut den Geräumten steht das formale Recht des Eigentums gegen das utopische Recht der Nutzung: »Weil wir in Städten leben, haben wir das Recht zu bestimmen, wie diese Städte aussehen. Das Recht, wie das städtische Leben auszusehen hat, darf nicht an denen hängen, die Geld haben, sondern ist das Recht der Bewohner*innen, demokratisch mitwirken zu können« (ebd.: 40). Bedürfnisse, die von einer Beteiligten namens Frauke genannt werden, sind weniger Feinstaubbelastung in den Städten, Ernährungssouveränität, nicht-entfremdetes Arbeiten und das Zusammenkommen von »Menschen aus Deutschland und Migrant*innen« (ebd.: 41). Demokratie, Gesundheit, teilweise Selbstversorgung und Begegnungen spielen also eine Rolle. Projekte wie der Utopiastadt-Garten in Wuppertal oder Gartenutopie Chemnitz können freilich auch Vorhaben sein, die Stadt-

teile noch weiter aufwerten und damit der Utopie einer Stadt für Alle entgegenstehen (Vgl. Halder 2021). Bei aller Gefahr der Re-Integration ist aber auch nicht zu unterschätzen, welche Bedeutung Urban Gardening bzw. Farming heute schon in Krisenregionen hat und in Zeiten von Inflation und Wirtschaftskrisen zukünftig haben kann.

4. Politische Konkretion: Partizipative Demokratie als radikaler Kommunalismus

Die bisher genannten Aspekte einer sozial-ökologischen Stadt-Utopie, nämlich die Negation von eindimensionalen Leitbildern (autogerechte Stadt) zugunsten von alternativen Infrastrukturen (ticketfreier ÖPNV), die Intention auf eine solidarische Stadt für Alle gegen Verdrängung und die Artikulation von Bedürfnissen nach gestaltbarem Raum, z.B. in Form von Gärten, weisen als Gemeinsamkeit einen utoptischen Begriff von Demokratie auf. Demokratie setzt einen *Demos* voraus, der erlebbare kollektive Verbesserungen anstrebt. »Nur mit ökonomischen Anreizen zu wedeln und moralische Argumente ins Feld zu führen wird dafür nicht reichen. Die Stärkung von Gestaltung besteht darin, dass sie Zukunftsmöglichkeiten sinnlich erfahrbare und begehrenswert machen kann« (Borries/Kasten 2021: 85).

Auch in den erwähnten Bewegungen – in Initiativen für eine Verkehrswende, der Recht-auf-Stadt- und der Gemeinschaftsgärten-Bewegung – ist diese Perspektive lebendig. Ein Bild für utopische Demokratie gibt Gabriela von Bizim Kiez: »Ich glaube es bedarf eines großen vernünftigen gemeinsamen Tisches, wo entsprechend der Bedürfnisse der Anwohner*innen Stadt gemacht wird.« (Coers/Nowak 2020: 53). Ähnliches klingt in den Aussagen der Gemeinschaftsgärtnerin Frauke an: »Weil wir in Städten leben, haben wir das Recht zu bestimmen, wie diese Städte aussehen« (Habermann 2009: 40). Damit kann nicht gemeint sein, dass Alles gut wird, wenn sich alle Stakeholder an einen Tisch setzen. Sollen Investor*innen, Politiker*innen und Bewohner*innen sich am runden Tisch über die Zukunft eines Stadtteils verständigen, kann dies leicht ins Spektakel der Pseudo-Partizipation münden. Wir wissen, dass gerade in Prozessen, die von staatlichen Instanzen moderiert werden, ein »Mechanismus struktureller Selektivität« (Poulantzas 1978/2002: 165) auftritt. Die Interessen von Investor*innen, die Geld mitbringen, sind für Politiker*innen, die Geld verwalten, häufig nachvollziehbarer als Anliegen der Bewohner*innen. Zudem haben beide Seiten mehr Erfahrung mit den Spielregeln des Lobbying und eine größere kulturelle Nähe, wie wir am munteren Wechselspiel zwischen politischen Ämtern und Positionen in Aufsichtsräten sehen. Dagegen auf partizipative Beteiligung zu setzen bedeutet auch, die Utopie einer kommunalen Demokratie wieder zu beleben.

Wie Marcel Schmidt zeigt, geht es bei dieser Utopie um eine Versammlungs- wie Wirtschaftsdemokratie unter sozial-ökologischen Vorzeichen. Es kommt darauf an, »wie unter den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen eine befreiungsethische und zugleich ökosoziale Kommunalisierung des Alltagslebens wieder aufgenommen werden kann, die zugleich ein sozial-ökologisch transformiertes Verhältnis zur Erde verwirklicht« (Schmidt 2021: 204). Der international wichtigste Theoretiker eines solchen Kommunalismus ist Murray Bookchin. Zur Versammlungsdemokratie heißt es bei ihm, auch in Abgrenzung zu einem Isolationismus: »Eine konföderalistische Alternative würde auf einem Netzwerk von Volksversammlungen basieren, die über die Politik bestimmen und absetzbare Abgeordnete in lokale und regionale Konföderationsräte berufen.« (Bookchin 1992: 62) Die Utopie umfasst Wirtschaftsdemokratie so, »dass bei jedem produktiven Unternehmen die örtliche Gemeindeversammlung entscheidet, wie es geführt werden soll, damit die Interessen der ganzen Gemeinschaft erfüllt werden« (Bookchin, zit.n. Schmidt 2021: 205), also eine »Kommunalisierung der Ökonomie« (Biehl 1989: 26).

Anders als in Modellen der Arbeiter*innenselbstverwaltung sollen die Bürger*innen in drei Rollen angesprochen werden, die eine ökologische Verträglichkeit der Entscheidungen nahelegen: Als Produzierende, die in kommunalen Unternehmen arbeiten, als Konsumierende, die Güter und Dienstleistungen beziehen, und als Anwohnende, die ihre Umwelt wahrnehmen. Schmidt ist einerseits skeptisch, was die politische Schlagkraft des Kommunalismus angeht. Für Europa konstatiert er, wie »wenig Möglichkeiten auch trotz einer Regierungsmehrheit in den Stadtparlamenten bleiben, dort auch tatsächlich etwas zu bewirken« (Schmidt 2021: 211). Gleichwohl teilt er mit Susanne Elsen die Einschätzung, wir müssten doch kommunale »Genossenschaften [...] als Organisationsform der ökosozialen Transformation« (Elsen 2018, zit.n. Schmidt 2021: 222) betrachten und diese Utopie weiter ausbauen.

Hinsichtlich der bisher erwähnten Problemfelder könnte so »mit Bookchin die [...] mit Brand/Wissen vorgeschlagene ›solidarische Lebensweise‹ [...] konkretisiert werden« (ebd.: 211); »mit Bloch ließe sich hierbei von einer ›konkreten Utopie‹ [...] sprechen« (ebd.: 214). Der ticketlose öffentliche Nahverkehr, der die spätmoderne Autostadt negiert, wäre ein Aufgabenbereich kommunaler, genossenschaftlicher Unternehmungen. Das Ende der Verdrängung durch Gentrifizierung, das Recht-auf-Stadt-Bewegungen intendieren, setzt die Bereitstellung günstigen Wohnraums durch kommunale Wohnungsgenossenschaften voraus. Der Prozess der Aneignung städtischen Raums, den die Gemeinschaftsgärtenbewegung anstößt, wäre dann institutionell abgesichert, wenn der städtische Raum den Kommunen selbst gehört. Partizipative Planung in der Politik braucht genossenschaftliche Elemente in der Ökonomie.

Interessant ist an dieser Stelle, wie genossenschaftliche Kommunalisierung möglich ist. Genossenschaften können auf unterschiedliche Arten entstehen:

Gründung, Besetzung oder Enteignung. Gründung ist, gerade im Rückblick auf die Genossenschaftsbewegung im deutschsprachigen Raum der gängigste Modus, wobei angesichts von Tendenzen zur Bürokratisierung interne Demokratie wichtig ist. Ein aktuelles Beispiel ist das Mietshäusersyndikat, wo Genoss*innen mit Hilfe von Minikrediten Häuser kaufen, um sie dem kapitalistischen Immobilienmarkt zu entziehen. Ungelöst bleibt dabei das Problem der Konkurrenz mit profitorientiertem Kapital. Besetzung erinnert, abgesehen vom Beispiel der Hausbesetzungsbewegung, aktuell vor allem an Aneignung von Brachflächen, wie sie Habermann am Urban Gardening betont. Inwiefern diese aber an der Durchsetzung des Privateigentums durch den Staat scheitern oder es zu einer rechtlichen Anerkennung solcher Aneignungen kommt, wie es in Lateinamerika z.B. bei von Arbeiter*innen besetzten Fabriken der Fall ist (Vgl. Azzelini 2018), ist eine Frage gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Enteignung von privatisiertem Reichtum, um z.B. Immobilienkonzerne in Genossenschaften zu verwandeln oder Stadtwerke zu rekommunalisieren, hat den Charme flächendeckender Lösungen, ist aber zugleich, mit Brecht gesprochen, das Einfache, das schwer zu machen ist. Frei nach Marx gilt: Die Utopie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift. Ein Beispiel für diese motivierende Funktion ist die Kampagne ›Deutsche Wohnen enteignen‹.

5. Motivation Wiederaneignung: DWE als neue Organisationsform und Basiskampagne

Für die Wirksamkeit eines utopischen Diskurses, der praktisch wird, ist die Berliner Kampagne ›Deutsche Wohnen enteignen‹ (DWE) ein hervorragendes Beispiel. Bemerkenswert ist das Ergebnis des Volksentscheides aus dem September 2021, den die Kampagne mit 59 % Ja-Stimmen gewonnen hat. Auch wenn die noch amtierende SPD-Oberbürgermeisterin Giffey von der Möglichkeit der Enteignung, welche einstmals auf Druck der SPD ins Grundgesetz kam, nichts hält, ist bereits das Zustandekommen der Abstimmung relevant. Schließlich hatten Aktivist*innen zuvor schon 359.000 Unterschriften sammeln müssen, um das Referendum überhaupt durchzusetzen. Im angenommenen Volksentscheid heißt es: »Vergesellschaftung im Sinne von Art. 15 des Grundgesetztes bedeutet auch, dass die Verwaltung der in Gemeineigentum überführten Bestände unter mehrheitlicher demokratischer Beteiligung von Stadtgesellschaft, Mieter*innen und Belegschaft erfolgen muss« (vgl. berlin.de/abstimmungen). Hier wird die kritische Negation des kapitalistischen Mietwuchers, aufbauend auf der Intention eines Rechts auf Stadt und der Artikulation der Bedürfnisse einer Mehrheit der Wählenden, verbunden mit der Konkretion des Utopischen im radikalen Kommunalismus, zur Motivation für ein politisches Handeln, dessen Erfolg bisher in der Durchsetzung des Referendums besteht. Was

hier geschehen ist, fasste Wolfgang Janisch in der Süddeutschen Zeitung, ebenso abwertend wie zutreffend, in die Schlagzeile: »Enteignung: Sozialistische Utopie im Grundgesetz.« (Janisch 2021)

Für Ralf Hoffrogge, Mit-Initiator des Volksentscheides, ist dies eine praktische Antwort auf die Utopieverlustthese der Utopieforschung.

»Die Berliner Initiative ›Deutsche Wohnen & Co Enteignen‹ hat es nach vierzig Jahren utopieloser Abwehrkämpfe geschafft, die Gemeinwirtschaft wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Sie erreichte dies teilweise auch gegen den Widerstand der historischen Erfinder des Konzepts: Sozialdemokratie, Genossenschaften und Gewerkschaften.« (Hoffrogge 2021).

Hier wird Utopieverlust konkret: »Die Spitze der Sozialdemokratie widersetzt sich dem Volksbegehren« (ebd.) und »bis auf die Linkspartei distanzieren sich bisher alle Fraktionen von einer Umsetzung« (ebd.). Immerhin: »Sowohl die Berliner IG Metall als auch Ver.di und GEW empfahlen ihren Mitgliedern mit ›Ja‹ zu stimmen – nicht so jedoch der Berliner DGB und andere Verbände« (ebd.). Besonders traurig schließlich bei den Wohnungsgenossenschaften: »Tragischerweise mobilisierten jedoch viele Vorstände dieser Genossenschaften gegen den Volksentscheid. Sie redeten ihren Mitgliedern ein, Genossenschaften würden ebenso enteignet, obwohl die Initiative dies von Beginn an ablehnte« (ebd.). Kurz gesagt: Der Riss geht durch die traditionellen Organisationen hindurch und wurde in oppositionellen Formen organisiert (vgl. Neupert-Doppler 2021). »›Deutsche Wohnen & Co Enteignen‹ ist also weiterhin kein Projekt von Parteien und Verbänden, sondern eine *Graswurzelbewegung*. Dies war eine Stärke, denn die Umgehung von Verbands- und Parteistrukturen ermöglichte es der Initiative, unbefangener nach Lösungen zu suchen« (ebd.). Da jedoch in der parlamentarischen Demokratie Entscheidungen des *Demos* nicht bindend sind, wird hier weiterhin Druck gemacht.

Wie erwähnt sind Stadtgesellschaften hierfür ein besonders günstiges Terrain, zumal wenn es gelingt verschiedene politische Themen, z.B. sozial-ökologisch, zu verknüpfen. Wie andere utopische Forderungen – kostenloser ÖPNV, Verbot von Zwangsräumungen, Stadt für Alle, rechtliche Anerkennung der Aneignung von Brachland für Gemeinschaftsgärten – berühren auch die umfassenden utopischen Konzepte, Kommunalisierung und die motivierende Utopie der Wiederaneignung, nicht nur einzelne Politikfelder, sondern betreffen Gesellschaft als Ganzes. Gerade ein utopisches Denken in Zusammenhängen kann dabei manche Knoten lösen. So sagt Lisa Vollmer der taz zum sozial-ökologischen Anspruch der Basiskampagne DWE: »Die Stadt hätte sofort Zugriff auf 250.000 Wohneinheiten.« Anders als Immobilienkonzerne müsste mit öffentlichem Wohnraum keine Rendite erzielt werden – das Geld stehe also für Modernisierungen zur Verfügung, ohne dass Mieter*innen blechen müssten. Dann würden sich Mieter*innen auch für energetische

Sanierungen entscheiden. ›Die Vergesellschaftung ist die Antwort auf die soziale und ökologische Frage.‹«

Sozial-ökologische Trans-Formation wörtlich genommen bedeutet, die etablierten Formen unserer sozialen und ökologischen Verhältnisse, z.B. Profitwirtschaft und Stellvertreterpolitik, zu überschreiten. Wohin dieser Schritt führen kann zeigen die hier besprochenen Utopien, die an der Stadt als gestaltbarem Möglichkeitsraum und Experimentierfeld ansetzen. Letztendlich lässt sich die Frage nach der Relevanz von Utopien heute nicht allein theoretisch beantworten, sondern nur mit den Mitteln einer Utopieforschung, die zur Bewegungsforschung wird. Wichtig bleibt, bei allen nötigen utopischen Details, eine verbindende Perspektive, die Solidarität. Die Journalistin Katrin Hartmann war 2020, bevor Corona zur Bremse wurde, optimistisch für die Solidarität als Leit-Utopie der 2020er Jahre, die den neoliberalen Spuk verscheuchen würde.

»So viele Menschen wie nie zuvor wurden bei den zahllosen verschiedenen Protesten 2019 Teil dieser erlebten Utopie. Sei es bei den Fahrraddemos *Critical Mass*, die in ganz Deutschland wachsen. Sei es bei den Protesten für eine Verkehrswende anlässlich der Internationalen Automobil-Ausstellung in Frankfurt. Sei es in der Initiative ›Deutsche Wohnen & Co enteignen‹. Oder eben bei den Klimastreiks der Fridays-for-Future-Bewegung. So viele Menschen wie nie zuvor durften spüren, wie wirkmächtig man gemeinsam sein kann, was Solidarität bedeutet« (Hartmann 2020).

Vorsicht ist, bei allem utopischen Überschwang, zwischen der Verwechslung von gefühlter Wirkmächtigkeit, wie sie immer schon zu Massenprotesten gehört, und tatsächlicher Wirkmacht im Sinne sozial-ökologischer bzw. öko-sozialistischer Transformation geboten. Gerade soziale Bewegungen, mit ihrer typischen Kampagnenpolitik, sind häufig ein Tummelplatz für Menschen mit zeitlichen und anderen persönlichen Ressourcen. Zeit für Fahrraddemos muss mensch haben und die Ablehnung von Automobilität setzt Alternativen voraus. Utopien in städtischen sozialen Bewegungen sind aufgrund der Vielfalt der beteiligten Menschen besonders interessant, es ist aber auch darauf zu achten, dass es nicht zu einer Entkopplung zwischen vibrierenden Städten und abgehängten ländlichen Regionen kommt. Schließlich ist es gerade die Angst, abgehängt zu werden, die einen Teil der rechtspopulistischen Erfolge befeuert. Gegen das Spiel mit Nostalgie und dem Prinzip Angst hilft freilich keine neoliberalen Ego-Manie, sondern das Prinzip Hoffnung als Ausblick auf eine utopische Zukunft, die sich von der gegenwärtigen Krisenzeit unterscheidet.

Literaturverzeichnis

- Alinsky, Saul (1946/2010): *Reveille for Radicals*, in: *Call me a Radical*, Göttingen: Lamuv.
- ausgeco2hlt (2022): *Jenseits von Hoffnung und Zweifel. Gedanken zum Widerstand in der Klimakrise*, Münster: Unrast Verlag.
- Azzellini, Dario (2018): *Vom Protest zum sozialen Prozess – Betriebsbesetzungen und Arbeiter in Selbstverwaltung*, Hamburg: VSA.
- Becker, Artur (2022): *Links. Ende und Anfang einer Utopie*, Frankfurt a.M.: Westend.
- Berger, Markus (2019): *Das Utopische in der Individualpsychologie Alfred Adlers*, Moers: Syndikat A.
- Berlin.de, [online] <https://www.berlin.de/wahlen/abstimmungen/deutsche-wohnen-und-co-enteignen/artikel.1040424.php> [abgerufen am 09.02.23]
- Biehl, Janet (1989): *Der soziale Ökofeminismus*, Grafenau-Döffingen: Trotzdem Verlag.
- Bookchin, Murray (1992): *Die Umweltkrise und die Notwendigkeit gesellschaftlicher Erneuerung*, in: *Die nächste Revolution*, Münster: Unrast Verlag.
- BUND, [online] <https://www.bund-bremen.net/mobilitaet/oeffentlicher-nahverkehr/faehrscheinloser-oepnv/> [abgerufen am 9.10.23]
- Coers, Matthias/Nowak, Peter (2020): *Umkämpftes Wohnen. Neue Solidarität in den Städten*, Münster: edition assemblage.
- Cojocaru, Mara-Daria (2012): *Die Geschichte von der guten Stadt. Politische Philosophie zwischen urbaner Selbstverständigung und Utopie*, Bielefeld: transcript.
- Dörre, Klaus (2021): *Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution*, Berlin: Matthes & Seitz Verlag.
- Esken, Saskia/Walter-Borjans, Norbert (2020): *In die neue Zeit: Sozialdemokratischer Fortschritt und Utopie*, in: Hartmann, Thomas/Dahm, Jochen/Decker, Frank (Hg.), *Utopien. Für ein besseres Morgen*, Bonn: Dietz, S. 15–30.
- Freifahrt Schwerin, [online] <https://freifahrt.jetzt/eine-zukunftsvision/> [abgerufen am 9.10.23]
- Fritzsche, Julia (2022): *Wie wir mit guten Geschichten das gute Leben säen. Utopie und Klimagerechtigkeit*, in: Bruschi, Valeria/Zeller, Moritz (Hg.), *Das Klima des Kapitals. Gesellschaftliche Naturverhältnisse und Ökonomiekritik*, Berlin: Dietz Verlag.
- Geisler, Lukas (2022): *Die Willkommensgesellschaft. Eine konkrete Utopie*, München: oekom.
- Göpel, Maja (2020): *Unsere Welt neu denken. Eine Einladung*, Berlin: Ullstein.
- Gorz, André (1977): *Ökologie und Politik. Beiträge zur Wachstumskrise*, Hamburg.
- Grüne Bundestagsfraktion, [online] <https://www.gruene-bundestag.de/theme/n/mobilitaet/oepnv-rueckt-in-die-mitte-der-verkehrspolitik> [abgerufen am 09.2.23]
- Gartenutopie Chemnitz, [online] <https://gartenutopie.de/startseite/allgemein/> [abgerufen am 09.2.23]

- Habermann, Friederike (2009): *Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag*, Königstein: Hemer.
- Halder, Severin (2021): *Die Gärten der Städte zwischen Utopie, Vereinnahmung und Auflösungserscheinungen – ein Panoptikum der kritischen Hoffnung*, in: Anke Haarmann/Lemke, Harald (Hg.), *Die Keimzelle. Transformative Praxen einer anderen Stadtgesellschaft*, Bielefeld: transcript, S. 65–82.
- Hartmann, Katrin (2020): *Grüner wird's nicht. Warum wir mit der ökologischen Krise völlig falsch umgehen*, München: Blessing.
- Hellriegel, Maximilian/Pacífico, Sara Schmitt (2019): *Reale Utopien für eine andere Stadtentwicklung*, [online] https://www.uni-frankfurt.de/82218872/FH_16.pdf [abgerufen am 09.02.23].
- Herold, Emanuel (2020): *Utopie in utopiefernen Zeiten. Zukunftsdiskurse am Ende der fortschrittlichen Moderne*, Göttingen: Wallstein.
- Hoffrogge, Ralf (2021), [online] <https://jacobin.de/artikel/der-volksentscheid-hat-gewonnen-und-geht-jetzt-erst richtig-los-deutsche-wohnen-enteignen-volksentscheid-berlin-spd-giffey/> [abgerufen am 09.02.23].
- Holm, Andrej (2011), [online] <https://www.blaetter.de/ausgabe/2011/august/das-recht-auf-die-stadt> [abgerufen am 09.02.23]
- Janisch, Wolfgang (2021): [online] <https://www.sueddeutsche.de/politik/berlin-volksentscheid-enteignung-grundgesetz-1.5420837> [abgerufen am 09.02.23].
- Kaleck, Wolfgang (2021): *Die konkrete Utopie der Menschenrechte. Ein Blick zurück in die Zukunft*, Frankfurt a.M.: S. Fischer.
- Kasten, Benjamin/von Borries, Friedrich (2019): *Stadt der Zukunft. Wege in die Globalopolis*, Frankfurt a.M.: Fischer Verlag.
- Lukács, Georg, (1970), *Das Rätesystem ist unvermeidlich*, [online] spiegel.de/politik/das-ratesystem-ist-unvermeidlich-a-b77fe93e-0002-0001-0000-000044944175 [abgerufen am 09.2.23].
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1848): *Das Manifest der kommunistischen Partei*, in: MEW 4, Berlin: Dietz Verlag.
- Mietshäusersyndikat, [online] <https://www.syndikat.org/> [abgerufen am 09.02.23].
- Marcuse, Herbert (1967/1980): *Das Ende der Utopie*, Frankfurt a.M.: Neue Kritik.
- Mayer, Margit (2014): *Soziale Bewegungen in Städten – städtische soziale Bewegungen*, in: Gestring, Norbert/Ruhne, Renate/Wehrheim, Jan (Hg.), *Stadt und soziale Bewegungen*, Wiesbaden, Springer, S. 25–42.
- Menzel, Marcus (2014): *Nimby-Proteste. Ausdruck neu erwachten Partizipationsinteresses oder eines zerfallenden Gemeinwesens*, in: Gestring, Norbert et al. (Hg.), *Stadt und soziale Bewegungen*, Wiesbaden, Springer Verlag, S. 65–82.
- Meireis, Sandra (2020): *Mikro-Utopien in der Architektur*, Bielefeld: transcript Verlag.
- Meng, Richard (2022): *Editorial*, in: *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte 12/2022*, S. 1.

- Neupert-Doppler, Alexander (2015): *Utopie – Vom Roman zur Denkfigur*, Stuttgart: Schmetterling Verlag.
- Neupert-Doppler, Alexander (2019a): *Zurück in die Zukunft? Neues vom Nirgendwo. Die 2010er sind ein Jahrzehnt der Suche nach Utopien*, in: testcard 26, S. 18–28.
- Neupert-Doppler, Alexander (2019): *Die Gelegenheit ergreifen – Eine politische Philosophie des Kairós*, Wien.
- Neupert-Doppler, Alexander (2021): *Organisation. Von Avantgardepartei bis Organizing*, Stuttgart: Schmetterling Verlag.
- Neupert-Doppler, Alexander (2022): *Ökosozialismus. Eine Einführung*, Wien: Mandelbaum Verlag.
- Perný, Lukáš (2021): Idea spravodlivosti spoločnosti vo vybraných sociálnych utópiách, [online] https://www.academia.edu/26099593/Idea_spravodlivosti_s_polo%C4%8Dnosti_vo_vybran%C3%BDch_soci%C3%A1lnych_ut%C3%BD%C3%B3pi%C3%A1ch_The_idea_of_a_social_justice_in_selected_utopia_concepts_doctoral_thesis
- Poulantzas, Nicos (2002/1978): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*, Hamburg: VSA.
- Rosenitsch, Georg (2020): *Entfremdung – Widerstand – Utopie. Selbstverwaltete Initiativen in der griechischen Krise*, Wien: Mandelbaum.
- Schmidt, Marcel (2021): *Eine theoretische Orientierung für die Soziale Arbeit in Zeiten des Klimawandels. Von der ökosozialen zur sozial-ökologischen Transformation*, Opladen: Budrich.
- Serif, Moritz (2022), <https://www.fr.de/panorama/spanien-uebergewinnsteuer-kostenloser-oepnv-energiekonzerne-banken-91693535.html>
- Utopiastadtgarten Wuppertal, <https://www.wuppertals-urbane-gaerten.de/gaerten-zum-mitmachen/utopiastadtgarten/> [abgerufen am 09.02.23]
- Vögler, Dodo (2021): *Utopisches Denken in der Politikpraxis. Eine explorative Untersuchung*, <https://refubium.fu-berlin.de/handle/fub188/30718> [abgerufen am 09.02.23].
- Vogliamo Tutto (2022): Revolutionäre Stadtteilarbeit. Zwischenbilanz einer strategischen Neuausrichtung linkter Praxis, Münster: Unrast.
- Vollmer, Lisa, <https://taz.de/Klimagerechtes-Enteignen-von-Wohnungen/!5874971/>
- Wendt, Björn (2018): Nachhaltigkeit als Utopie. Zur Zukunft der sozial-ökologischen Bewegung, Frankfurt a.M.: Campus.
- Wimmer, Christopher (2020): *Alles oder nichts. Der rot-schwarze Faden der Geschichte*, in: ders. (Hg.), Where have all the rebels gone? Perspektiven auf Klassenkampf und Gegenmacht, Münster: Unrast, S. 10–17.

